



# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementspreis** für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M., Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg. Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Tel. 4596. — **Postfachkonto** Nr. 53477

**Redaktion:** Leipzig, Tauscher Str. 19/21  
**Telegramm-Adresse:** Volkszeitung Leipzig  
**Telephon** 13693. — **Berlag in Leipzig,** Tauscher Straße 19/21 — **Telephon** 4596

**Inseratenpreise:** Die gewöhnliche Kolonellselle ober deren Raum 1.00 M., bei Plaboorchrift 2.30 M., Familiennachrichten die gewöhnliche Zeile 1.70 M., Reklame-Kolonellselle 7.50 M. — **Telephon** für die Inseraten-Abteilung 2721  
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die tägliche Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

## Der Abschluß des englisch-russischen Handelsabkommens gesichert?

**London, 2. November.** Der endgültige, gestern Krassin übergebene und bereits nach Moskau weitergeschickte Entwurf des Handelsabkommens enthält keine grundsätzlich neuen Vorschläge. Da beiderseits der Wille, zu einem Einvernehmen zu gelangen, besteht, dürfte eine rasche Erledigung zu erwarten sein. Jedoch ist mit einigen reaktionellen Forderungen nach den Wünschen Moskaus zu rechnen, da Rußland den Wortlaut bisher nicht kennt. Neue Verzögerungen sind also nicht ausgeschlossen. Bemerkenswert ist, daß Frankreich keinerlei Widerstand mehr leistet. In Deutschland scheint nicht genügend bekannt zu sein, daß die französische Regierung angesichts des englischen Entschlusses und Wrangels Niederlage die Aufnahme des Handels mit Rußland offiziell erlaubt hat. Die Frage der Staatsschuld ist übrigens lediglich verlagert.

**Brüssel, 1. Dezember.** In belgischen politischen Kreisen glaubt man, daß nimmend auch die belgische Regierung der Wiederanknüpfung von Handelsbeziehungen mit Rußland näherzutreten werde. Nachdem Frankreich sich zu diesem Standpunkt durchgerungen hat, will Belgien nicht zurückweichen.

## Teil-Regierungskrise in Ungarn.

**Berlin, 2. Dezember.** (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Die bössische Zeitung erzählt aus Wien: In Ungarn ist eine teilweise Regierungskrise ausgebrochen. In der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung wurde über die Geldinstitutszentrale beraten, wobei der antisemitische Abgeordnete Elek den Antrag stellte, daß ein Paragraph gestrichen werde, der bestimmt, daß bis auf weiteres kein neues Geldinstitut errichtet werden dürfe, denn sonst würde das christliche Volk an der Errichtung volkswirtschaftlicher Institute gehindert werden, während die Großbanken auch weiterhin in der Lage seien, Filialen zu errichten und dadurch einseitig begünstigt würden. Finanzminister Koranyi sprach sich gegen die Streichung aus, doch wurde der Antrag Elek unter dem Beifall der äußersten Linken angenommen. Bemerkenswert ist, daß auch der Präsident der Regierungspartei Profaska gegen die Regierung gestimmt hat. Finanzminister Koranyi erklärte, er werde dem Ministerpräsidenten seine Demission anmelde; zumal eine ganze Reihe von Maßnahmen, die er im Interesse des Landes für notwendig hielt, nicht durchzuführen waren.

## Der Schieberdirektor auf der Flucht.

**W. Berlin, 1. Dezember.** Die Neue Berliner Zeitung hat von dem Direktor des Eden-Hotels, Birndorfer, der bekanntlich wegen Wuchers mit Lebensmitteln zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt worden ist, ein Schreiben erhalten, in dem er mitteilt, daß heute eine Reise nach Monte Carlo weitergeht, wo er den Winter verbringen wird, um dann im Frühjahr nach Amerika überzusiedeln.

## Kein Handelsverbot für die Berliner Solelbedriebs-A. G.

Zu dem angeblich erlassenen Handelsverbot für die Betriebe der Berliner Solelbedriebs-A. G. wird berichtet: Die Bekanntmachung wonach der Solelbedriebs-A. G. in Berlin der Handel mit Gegenständen des täglichen Bedarfs untersagt wird, ist durch ein Versehen der Abteilung W des Polizeipräsidiums in mißverständlicher Form veröffentlicht worden. Der Solelbedriebs-A. G. ist lediglich die Fortführung ihres Bäckerei- und Konditoreibetriebes untersagt worden. Nach einer neueren Meldung ist auch das Verbot der Wucherabschlüsse gegen die Fortführung des Bäckerei- und Konditoreibetriebes der Gesellschaft ausnahmsweise aufgehoben worden, bis die Entscheidung über die eingeleitete Beschwerde gefällt ist. Kurz gefaßt: Es bleibt also alles beim Alten — die Schlemmerei kann wie bisher weitergehen.

## Plünderung von Bäckereiläden in Madrid.

**Madrid, 1. Dezember.** Hier herrscht großer Mangel an Mehl. Die Bäckermeister haben die Brotpreise erhöht. Die Bäckergehilfen legten die Arbeit nieder. Sie fordern höhere Löhne. Infolge des eingetretenen Brotmangels herrscht in der Stadt eine gewaltige Erregung. Vor den Bäckereiläden bilden sich Anstimmungen protestierender Frauen. Die Bäckermeister schieben die Schuld an dem Mehlmangel auf die Regierung, während diese die Verantwortung dafür ablehnt.

**Perpignan, 1. Dezember.** (Savas.) In Madrid wird der Mangel an Brot immer größer. Mehrere Bäckereien sind bereits geplündert worden. In Barcelona haben die Extremisten neue Attentate verübt. In Sevilla streifen die Arbeiter der Zündholzfabriken.

## Nationalversammlungenwahlen in Südschweden.

**Wien, 30. November.** Aus Belgrad wird gemeldet: Nach den bis jetzt vorliegenden Wahlergebnissen sind in die südschwedische Nationalversammlung gewählt 102 Radikale, 94 Demokraten, 42 Kommunisten, 51 Bauernpartei (Radikal-Gruppe), 33 serbische Bauernpartei, 25 Muselmanen, 21 katholische Volkspartei und 4 kroatische Unionisten.

## Die Lage im Osten.

### Die neuen Schwierigkeiten bei den Rigaer Verhandlungen.

**Warschau, 1. Dezember.** Die Antwortnote Joffes, die den Polen zahlreiche Verletzungen des Vorfriedensvertrags und seiner militärischen Zusatzkonvention vorwirft und Polen die Schuld an der Verzögerung der Verhandlungen zuschiebt, hat, wie die Warschauer Presse hervorhebt, in den Kreisen der polnischen Delegation einen sehr ungünstigen Eindruck gemacht und wird als eine direkte Herausforderung angesehen. Inzwischen drohen dem Verlauf der Rigaer Friedensverhandlungen nunmehr auch von innerpolitischen polnischen Vorgängen neue Verwicklungen. Die angekündigte Ankunft der Sejm-Abordnung in Riga hat die polnische Friedensdelegation peinlich berührt. Es wird befürchtet, daß die Teilnahme der Mitglieder der Sejm-Abordnung, die teilweise oppositionellen Parteien angehören, die Verhandlungen und Kommissionsberatungen ungemein erschweren würde und angesichts der schwierigen politischen Lage zu einem Abbruch der Friedensverhandlungen führen könnte.

### Waffenruhe in Vilna.

**Kowno, 1. Dezember.** (Lit. Telegr.-Agentur.) Gemäß dem mit den Polen abgeschlossenen Waffenstillstandsvertrage wurde die Kampflosigkeit an der Front gestern um Mitternacht eingestellt.

### Ukrainische Klagen über Polen.

**Genf, 1. Dezember.** Die hier eingetroffene Delegation des ukrainischen Nationalrats von Ogalizien hat der Völkerbundversammlung eine Note überreicht, in der sie lebhaft Klage über die polnische Besetzung führt und das Selbstbestimmungsrecht für das ukrainische Volk in Galizien sowie Befreiung vom polnischen Imperialismus und Rettung vor der systematischen Ausrottung der ukrainischen Bevölkerung durch Polen fordert. Die Note ermahnt vor allem, die Verwaltung einheimischen Elementen unter Kontrolle einer internationalen Kommission und nicht den Polen zu übergeben, die ihre Unfähigkeit für eine gerechte Verwaltung bewiesen hätten.

### Friedensverhandlungen zwischen Türken und Armeniern.

**Konstantinopel, 30. November.** Ein Telegramm aus Tiflis meldet, daß am 25. 11. in Alexandropol Friedensverhandlungen zwischen Mustapha Kemal Pascha und Armeniern begonnen haben.

### Die Ernährungs-Katastrophe.

Österreich steht wie Deutschland vor der Ernährungs-Katastrophe. Zwar leugnet der österreichische Ernährungsminister ebenso ab wie der deutsche, daß die Katastrophe vor der Tür steht, aber was er über den augenblicklichen Stand der Ernährungsmöglichkeit sagt, ist nur eine Umkehrung für Katastrophe. „Die Ernährungsfrage ist überaus ernst, eine Katastrophe werde vermieden, da Deutschland und die Schweiz Mehloorschiffe versprochen hätten.“

An dieser Mitteilung, die der österreichische Ernährungsminister der Presse machte, ist vor allem interessant, daß Deutschland helfen soll, das selbst vor der Katastrophe steht, wie die Besprechung im Ernährungsamt ergeben hat.

### Wieder eine Konferenz der Ernährungsminister.

Der Deutschen Allgemeinen Zeitung zufolge wird die wiederholte verabschiedete Konferenz der deutschen Ernährungsminister am 3. und 4. Dezember in Weimar zusammentreten. Auf der Tagesordnung stehen die Fragen: **Wucherbetämpfung, Ein- und Ausfuhr von Lebensmitteln.**

Nach den bisherigen Erfahrungen kann man dazu nur sagen: **Schade um Zeit und Geld.** Geredet hat man über die jammervolle Nahrungsmittelversorgung gerade genug. Die hungernden Massen wollen jetzt endlich einmal Taten sehen. Aber die darf man ja von diesen Ministerkonferenzen nicht erwarten. Wozu also immer wieder derartige Täuschungsmanöver?

### Selbsthilfe holländischer Arbeitsloser.

**Amsterdam, 1. Dezember.** Reuters meldet aus London: 700 Arbeitslose begaben sich nach dem Gemeindehaus von Lottenham und besetzten es. Sie gaben bekannt, daß sie die Absicht hätten, darin zu überwintern. Sie richteten an das Publikum das Ersuchen, sie mit **Lebensmitteln** zu versorgen.

### Drei französische kommunistische Delegierte ertrunken.

Eine Pariser Meldung besagt: Die drei französischen revolutionären Sozialisten Bergat, Lepetit und Leffebvre, die in Moskau dem internationalen Kommunistenkongress beiwohnt und sich in Murmansk ein Segelboot beschafft hatten, um nach Norwegen zu fahren, werden seit dem 1. Oktober vermisst. Nach einer anderen Meldung aus Paris sind alle drei ertrunken.

### Große Arbeitslosigkeit in Nordamerika.

Die Federalkist, das offizielle Organ des amerikanischen Arbeiterbundes, teilt mit, daß dieser Verband beim Kongress eine Gesetzesvorlage einbringen, wonach die Einwanderung zeitweise einzustellen sei. Diese Maßnahme wird mit der wachsenden Arbeitslosigkeit begründet, die durch weitere Einwanderungen nur gesteigert würde. Die Zahl der Arbeitslosen in der Union beträgt jetzt 2 Millionen.

## Dr. Heim verhandelt mit Meuchelmördern.

F. Dr. Heim, der vielgewandte klerikale Bauernführer und Gründer der Bayerischen Volkspartei, war in Budapest und Wien. In Budapest hat er mit den Horth-Meuchelmördern verhandelt und in Wien seine Pläne über die „Grüne Internationale“ entwickelt. Der ganzen Reise verstand der schlaue Bauernführer den Anschein zu geben, als handle es sich lediglich um die Befestigung wirtschaftlicher Beziehungen zwischen Deutschland, Oesterreich und Ungarn. In Wirklichkeit sind es ganz andre Pläne, die Herr Dr. Heim nach Wien und Budapest geführt haben. Es handelt sich für ihn darum, Vorarbeit zu leisten für die zu schaffende Donaumonarchie. Und es nicht das erste Mal, daß Dr. Heim um dieses Planes willen auf Reisen ging. Seine Romfahrt ist noch in aller Erinnerung. Damals hoffte sich Heim den Segen des Papstes zu dem Projekt. Der Vatikan hat mit dem Zusammenbruch des alten Oesterreichs die letzte katholische Großmacht verloren und hegt den sehnlichen Wunsch, ein neues katholisches Staatsgebilde entstehen zu sehen. Eine katholische Donaumonarchie wäre im Vatikan doppelt angenehm, weil damit gleichzeitig ein Gegengewicht gegen den protestantischen Norden in Deutschland geschaffen würde. Es war also nicht allzu schwierig, den Papst zu gewinnen. Dr. Heim verhandelte dann mit französischen Agenten. Auch das ist längst bekannt, muß hier aber angeführt werden, um durch Aneinanderreihen der einzelnen Glieder die Kette vollständig zu machen. Von Frankreich hat Heim seinerzeit allerhand Versprechungen bekommen und besonders die französische Einwilligung zur Beibehaltung der Einwohnerwehren in Bayern dürfte auf Heims Unterhandlungen zurückzuführen sein. Damals war Herr Paléologue noch im Ministerium des Äußeren in Paris tätig und dieser hatte die ganze bayernfreundliche Politik Frankreichs gesteuert. Dann kam der Regierungswechsel in Paris. Herr Paléologue hatte ausgespielt und der französische Gesandte in München, Baron de Dard, bekam neue Instruktionen. Man traute den Versprechungen nicht mehr, die von den bayerischen Sozialisten gemacht worden waren. Jetzt war wieder die Zeit gekommen zu handeln und Dr. Heim sprang in die Bresche, fuhr nach Budapest, verhandelte dort mit den Horthybanditen und bewies, daß es ihm ernst ist mit seinem Plan, die Donaumonarchie zu fördern.

Die Zeit war außerordentlich günstig gewählt. Die Angst vor dem Bolschewismus war durch die Niederlage Wrangels in Paris wieder größer geworden. Ein neuer starker Staatenblock, der von Frankreich abhängig ist, kann also nur erwünscht sein, wenn er sich bereit erklärt, gegen den Bolschewismus aufzutreten. Und es gibt in Frankreich Kreise, die wirklich glauben, daß auch von Norddeutschland eine „bolschewistische Gefahr“ drohe. Es hat diesen Kreisen aus werden durch Agenten jetzt wieder Erkundigungen eingezogen, um festzustellen, wie die bayerische Bevölkerung über einen etwaigen Zusammenschluß der katholischen Staaten zu einer Donauföderation denkt. Die Beziehungen zwischen dem Vatikan und Frankreich festigen sich auch in einer Weise, daß es nur noch eine Frage der Zeit sein wird und der französische Gesandte wird beim päpstlichen Stuhl empfangen. Die Fäden des Herrn Dr. Heim reihen also nicht nur über München, sondern auch über Paris nach Rom, und der Förderung seiner Pläne kann er von Rom, von München und von Paris sicher sein.

In Budapest erklärte Dr. Heim, daß er vom bayerischen Volke ermächtigt sei, die Vermittlerrolle zu einer Annäherung zwischen Oesterreich und Ungarn zu übernehmen. Von wem er seine Vollmachten zu dieser Mission herleitet, ist allerdings nicht recht klar, wenn man dabei nur an Bayern denkt. Durchsichtiger wird diese Vermittlerrolle aber in dem Augenblick, wo man weiß, daß Heim es für seine Vermittlerrolle nötig hielt, einem ungarischen Minister zu erklären, Deutschwestungarn — ein völlig deutsches Gebiet — müsse wieder zu Ungarn kommen, um den ewigen Unfrieden zwischen Oesterreich und Ungarn aus der Welt zu schaffen. Durchsichtig ist jetzt Heims Vermittlerrolle deshalb, weil bekannt ist, daß in Deutschwestungarn der Zentrumsindustrielle Thyssen umfangreiche Besitzungen hat und selbst eine rührige Propaganda finanziert, die das Verbleiben dieses Gebietes bei Ungarn zum Ziele hat. Daß Heim mindestens in diesem Punkte im Auftrage Thyssens handelt, bedarf wohl keines weiteren Beweises.

In verschiedenen Unterredungen mit Budapest und Wiener Pressevertretern hat Dr. Heim die Notwendigkeit wirtschaftlichen Zusammenarbeitens zwischen Ungarn, Oesterreich und Bayern betont und dabei besonders das genossenschaftliche Zusammenwirken der Bauerngenossenschaften betont. Diese Bauernorganisationen will Heim international zusammenschließen zu einer sogenannten